Matthias Quent

Deutschland rechts außen

Inhalt

Vorwort **7**

Lektionen aus Chemnitz **19**

Die vielen Facetten von Deutschland rechts außen **39**

Dunkle deutsche Tradition **99**

Woher kommt die Unterstützung für rechts außen? **157**

Der ewige Untergang: Angstmache ohne Ende **179**

Untergangswahn und rechter Terror **211**

Ostdeutschland: eine Projektionsfläche **231**

Die Rechtsradikalen stoppen: No pasarán! **253**

Anmerkungen **279**

Vorwort

Viele Menschen reagierten im September 2017 schockiert auf den Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag. Empörung und Fassungslosigkeit begleiteten die rechtsradikalen Krawalle in Chemnitz 2018, bei denen rechte Populisten und Problembürger mit Hooligans und Neonazis gemeinsame Sache machten. Weltweit sorgte der rechtsterroristische Anschlag im neuseeländischen Christchurch, bei dem im März 2019 einundfünfzig Muslime starben, für Entsetzen. Die neue Stärke populistischer und radikaler Rechter nach den Europawahlen im Mai 2019 macht deutlich, wie groß die Gefahr von rechts ist. Die Frage, wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, beschäftigt viele: Sicherheitsbehörden, Politiker und 86 Prozent der Deutschen sorgten sich im Frühjahr 2019 vor einer Zunahme von Rechtsradikalismus und rassistischer Gewalt.[1] Doch wenn die öffentliche Aufmerksamkeit einsetzt, ist es meist schon zu spät.

So auch bei der Ermordung des hessischen CDU-Politikers Walter Lübcke. Der Kasseler Regierungspräsident wurde am 2. Juni 2019 aus nächster Nähe erschossen. Im Internet ergoss sich eine menschenverachtende Lawine der Genugtuung über den Tod des

Politikers, der sich gegen rechts und für einen humanen Umgang mit Geflüchteten ausgesprochen hat. Der tatverdächtige Attentäter wurde seit den frühen Neunzigerjahren Jahren mehrfach wegen rassistischer Anschläge und rechter Gewalttaten verurteilt – offenbar handelt es sich um einen rechtsradikalen Schläfer. Zum ersten Mal seit 1945 hatte der Rechtsradikalismus damit für einen amtierenden Politiker tödliche Folgen.

Die Qualität ist eine andere, aber weder die rechten Positionen noch die Gewalt ist neu. Nicht für Fachleute, nicht für mich und nicht für viele meiner Freunde aus dem Osten der Republik. Wir wurden immer wieder von Neonazis gejagt, überfallen und verprügelt, weil ihnen unsere Frisuren und unsere Kleidung oder unsere Ideen nicht passten. Rassismus und Hasskriminalität ist auch nichts Neues für viele Menschen aus Einwandererfamilien, denen ihr Migrationshintergrund anzusehen ist und die seit Jahrzehnten noch schlimmere Erfahrungen machen müssen. Sie haben nicht die Möglichkeit, sich durch Anpassung vor Alltagdiskriminierung und rechter Gewalt zu schützen.

Ich bin 1986 in der DDR geboren und habe vom SED-Regime nicht viel mitbekommen. Prägend waren Erfahrungen, die ich als Jugendlicher machen musste. Die beschauliche Thüringer Kleinstadt Arnstadt, in der ich aufgewachsen bin, rühmt sich damit, dass der Komponist Johann Sebastian Bach einige Zeit dort tätig war, und vermarktet sich als »Tor zum Thüringer Wald«. Wie in jedem anderen Ort auch gibt es in Arnstadt anständige und unanständige Menschen. Nur sind die Anständigen meist zu leise und die Unanständigen zu laut. Als ich das erste Mal von Neonazis überfallen wurde,

war ich gerade vierzehn geworden. Im Schulbus hielten sie mich fest und gingen mit einem Messer auf mich los, um mir meine Haare abzuschneiden. Der Bus war voll besetzt, niemand griff ein.

Die Situationen variierten – gleich blieb die ständige Bedrohung durch die Gewalt der Rechtsradikalen und die Ignoranz der Öffentlichkeit. Sogar auf dem morgendlichen Schulweg wurden meine Freunde und ich von Nazis überfallen und mit Stahlstangen und Pflastersteinen verletzt. Am Bahnhof stießen sie mich auf die Gleise, im Zug nach Erfurt zündeten sie meinen Rucksack an. Freunde wurden mit Autos angefahren, einem der Kiefer zertrümmert und einer Bekannten Teile des Ohres abgerissen. Zum Glück musste ich nie Schlimmeres als eine gebrochene Nase erleiden.

Neonazis patrouillierten am Wochenende in Autos und verprügelten Menschen, die nicht in ihre ideologischen Vorstellungen passten. Anwesende sahen meist weg – ob aus Angst oder heimlicher Sympathie, weiß ich nicht. Die Polizei kam häufig gar nicht erst, nur einmal wurde ein rechter Gewalttäter verurteilt. Die anhaltende Normalität des rechten Alltagsterrors bewegte viele zum Wegzug. Ich blieb in Ostdeutschland, studierte Soziologie und wurde schließlich öffentlicher Rechtsextremismusforscher, doch ich verstehe jeden, der dieses Klima der Angst hinter sich ließ. Andere politisierten und wehrten sich, einige radikalisierten sich. Wenn ich heute darüber nachdenke, dann erschüttert es mich sehr, wie normal es damals war, dass Sechzehnjährige mit Springmesser und Gaspistole ausgingen, um sich vor Nazis zu schützen. Leider hat sich an dieser

prekären Situation mancherorts bis heute nicht viel geändert.

Das waren und sind keine Einzelfälle, sondern systematische Raumkämpfe, die so ähnlich überall in Ostdeutschland vorkamen und noch immer vorkommen. Und dabei waren die Nullerjahre schon viel friedlicher als das vorherige Jahrzehnt, in dem Rechtsradikale überall im Land Menschen überfielen, verletzten und sogar totschlugen. Wenn ich heute in Gesprächen mit Westdeutschen von meinen Erfahrungen berichte, erlebe ich bei den meisten Fassungslosigkeit, Unkenntnis und Wut. Bei einem Vortrag vor westdeutschen Gewerkschaftern schilderte ich am Rande die Erlebnisse in meiner Jugend; eine Teilnehmerin brach dabei in Tränen aus. Erst da verstand ich richtig, dass es in einer Demokratie nicht normal ist, ständig auf der Hut vor rechten Angriffen sein zu müssen. Wer den Rechtsradikalismus verstehen will, muss seine Nähe zur Gewalt – sei sie in offener Aggression oder in drohender Manier – einbeziehen. Und wer das, was derzeit in unserer Gesellschaft geschieht, verstehen will, muss die Kontinuität des Rechtsradikalismus berücksichtigen.

Auch der Rechtspopulismus ist für mich nicht neu. Der jahrelange Bürgermeister meiner Heimatstadt Arnstadt, Hans-Christian Köllmer (Wählergemeinschaft Pro Arnstadt), sympathisierte mit der rechtsradikalen Kleinstpartei Pro Deutschland. Während die EU-Staaten im Jahr 2000 die österreichische Bundesregierung unter dem Pionier der europäischen Rechtspopulisten, Jörg Haider, boykottierten, traf sich »mein« Bürgermeister öffentlichkeitswirksam mit Haider. Nachdem 2002 ein Amokläufer am Erfurter Gutenberg-Gymnasium fünfzehn

Menschen erschoss, stellte Köllmer mit einem Aufkleber auf seinem Dienstwagen klar: »Ich bin die Waffenlobby.« Er erklärte eine CDU-Politikerin mit einem Plakat zur »unerwünschten Person«, setzte Proteste gegen rechts mit der Verfolgung der Juden im Dritten Reich gleich und wehrte sich gegen den Vorwurf, er sei ein »kleiner Nazi«, mit der Reaktion: »Im Nazi ist mir zu viel Sozialismus drin.« Das alles geschah vor der AfD.

In den vergangenen dreißig Jahren haben die Zivilgesellschaft und die demokratische Kultur in Ostdeutschland erhebliche Fortschritte gemacht, nicht zuletzt in der Abwehr der permanenten rechten Gefahr. Heute ist die vollbrachte historische Aufholleistung zum Westen riesig – nicht nur in Bezug auf die Wirtschaft, sondern gerade auch hinsichtlich der politischen Kultur. Trotz des hohen gewaltsamen und politischen Drucks von rechts außen. Was die Rechtsradikalen nicht bedenken: Ihre Angriffe und Überfälle mobilisieren nicht nur Angst und Resignation, sondern auch Empörung und Gegenwehr. Viele Ostdeutsche meiner Generation teilen die Gewalterfahrungen aus eigenen Erlebnissen oder aus ihrem Umfeld. Aus der Betroffenheit erwächst Widerstand, der den Rechtsradikalismus und seine Wurzeln meist gezielt, intelligent und wirkungsvoll angeht. Wir konnten es uns nie leisten, neutral und gleichgültig gegenüber Rechtsradikalen zu sein. Ignoranz war – und ist – potenziell lebensgefährlich.

Überall treffe ich Menschen, die Erfahrungen mit dem Hass von rechts außen machen mussten und daraus Widerstandskraft entwickelt haben. Ich denke, wer lernen musste, stets auf der Hut vor rassistischen oder rechtsradikalen Angriffen zu sein, entwickelt eine be-

sondere Sensibilität gegenüber den Gefahren von rechts außen. Dieser »andere« Osten braucht und verdient Solidarität, keine Vorurteile. Die rechten Angriffe auf die Demokratie hinterlassen in den neuen Bundesländern besonders starke Spuren, nicht zuletzt, weil die Zivilgesellschaft schwächer ist. Aber sie ist da, und sie ist wehrhaft. Ich bin überzeugt davon, dass die bundesdeutsche Gesellschaft von den Erfahrungen und der Expertise lernen kann, die viele Ostdeutsche – und auch viele Menschen aus Einwandererfamilien – unfreiwillig mit radikal Rechten machen mussten. Und oft kommen radikal rechte Angriffe aus dem Milieu der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

Schon als 2011 bekannt wurde, dass mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) ein rechtsterroristisches Netzwerk für Anschläge, Überfälle und den Tod von zehn Menschen verantwortlich war, fragte sich die Öffentlichkeit empört, warum scheinbar niemand das Treiben der Rechten erkannt und gestoppt hat. Die Neonazis kamen aus Jena – der Stadt, in der ich heute lebe und arbeite. Sie wohnten im sächsischen Zwickau und Chemnitz – Orte, die immer wieder wegen rechtsradikaler Vorfälle in die Schlagzeilen geraten. Um zu erforschen und die Gesellschaft darüber zu informieren, wie die Rechtsradikalen vorgehen, wie Diskriminierung wirkt und was die Ursachen dieser Bedrohungen für das Zusammenleben sind, fördert die Thüringer Landesregierung seit 2016 das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena (IDZ). In Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung, die sich seit über zwanzig Jahren gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsradikalismus einsetzt, leite ich die Einrich-

tung. Als Thinktank der Zivilgesellschaft wollen wir verstehen, wo undemokratische und menschenfeindliche Tendenzen der Gesellschaft herkommen, was wir gegen Rassismus und für die Werte des Grundgesetzes tun können. Mit zehn anderen Forschungseinrichtungen in Deutschland untersuchen wir am IDZ als Teil des »Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt« zentrale Fragen des Zusammenlebens einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft, etwa: Wie werden wir künftig zusammenleben? Oder: Wie können wir aktuelle und kommende Herausforderungen bewältigen? Wir Forschende suchen dabei den Dialog mit Menschen, die andere Lebensrealitäten haben. Davon profitieren die Wissenschaft, die gesellschaftlich relevant sein will, und die Gesellschaft, die mit steigender Komplexität immer stärker auf Fakten angewiesen ist. Die Öffnung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Debatten für die Zivilgesellschaft ist dringend nötig, um Diskussionen zu versachlichen, Zusammenhänge zu beleuchten und akademische Diskussionen stärker mit der gesellschaftlichen Realität zu verknüpfen.

Nicht die Rechtsradikalen sind am Zug, sondern wir Demokraten. Ich beobachte fatale Tendenzen der Resignation angesichts der empfundenen Ohnmacht gegenüber der neuen (Laut-)Stärke eines alten politischen Feindes der Demokratie, der spätestens nach den gewaltsamen Ausschreitungen in Chemnitz im August 2018 keine Tabus mehr zu kennen scheint. Immer wieder begegnen mir engagierte Menschen, die wegen des steigenden Drucks von rechts das Handtuch werfen. Aber ist wirklich alles schlimmer geworden? Oder ist nur sichtbar geworden, was einige schon lange erfahren muss-

ten, aber die politisch interessierte Öffentlichkeit lange ignoriert hat?

Mit Rechtsradikalismus beschäftigen sich die meisten erst, wenn er sein Unheil längst angerichtet hat. Der Terrorismus des NSU, das Erstarken von Pegida und die hohen Wahlergebnisse der AfD, die Ausschreitungen in Chemnitz, der Anschlag auf Muslime im neuseeländischen Christchurch und die Ermordung des Regierungspräsidenten Walter Lübcke – all diese Ereignisse rütteln die Öffentlichkeit auf und haben mehr miteinander und mit unserer Gesellschaft zu tun, als viele von uns immer noch denken. Die radikalen und populistischen Rechten waren aber schon immer da: auf der Straße und in den Parlamenten. 2019 kann niemand mehr die Bedrohung der Demokratie durch die populistische und radikale Rechte leugnen, und sie hat mehr mit den Nationalsozialisten gemeinsam, als wir oberflächlich sehen. Aber was genau steht dahinter? Wie greifen Rechtsaußen-Bewegungen und -Parteien nach der Macht? Dieses Buch legt die Ideologien, Ursachen und Zusammenhänge hinter den Ereignissen offen und zeigt Wege auf, wie wir die radikale Rechte stoppen können. Das ist so nötig wie möglich: Noch nie war die Gefahr für die offene Gesellschaft so groß wie heute, doch gleichzeitig – was im ersten Moment paradox erscheinen mag – sind die Voraussetzungen für den Erfolg der offenen Gesellschaft besser denn je. Ich möchte in diesem Buch auch Entwicklungen zeigen, die Hoffnung machen, denn die ist dringend nötig in Zeiten, in denen wir von Angstmache, Krisenszenarien und alarmistischen Schlagzeilen verfolgt werden.

Der Soziologe Max Weber definierte Macht als »jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht«. Das bedeutet für die Frage, wie die Rechten an die Macht kommen: Es geht darum zu verstehen, mit welchen Mechanismen und Ideologien sie versuchen, ihre Vorstellungen auch gegen großen Widerstand aus der Gesellschaft durchzusetzen. Aus ihren Plänen nach einer Machtergreifung macht die radikale Rechte keinen Hehl. So will Uwe Junge, Vorsitzender der AfD in Rheinland-Pfalz, eines Tages die Befürworter der Willkommenskultur »zur Rechenschaft ziehen«. Thüringens AfD-Chef Björn Höcke kündigt an, den Islam »am Bosporus« bekämpfen zu wollen, wenn »wir die Macht bekommen«. Bayerische AfD-Anhänger drohten der CSU-Frauenunion: »Wenn wir regieren, werdet ihr alle eingesperrt.« Für Petr Bystron, einen Bundestagsabgeordneten der AfD, sind politische Gegner »Linksextremisten«, mit denen »Schluss« ist, »wenn wir an die Macht kommen«. Dann will er polizeiliche Informationen über Gegendemonstranten nutzen, um politische Gegner zu verfolgen. Die totalitären Vorsätze offenbaren das wahre Gesicht der AfD. Die Partei hat sich immer mehr zu einer antidemokratischen Partei entwickelt und schreckt mittlerweile auch nicht mehr vor der offenen Zusammenarbeit mit Neonazis, rechten Hooligans und Gewalttätern zurück. Und die Fäuste werden nicht nur verbal geschwungen: Immer wieder greifen Rechtsradikale ihre vermeintlichen Gegner, Journalistinnen und Menschen aus Einwandererfamilien auch körperlich an. Wer sich gegen Rechtsradikalismus ausspricht, bekommt Hausbesuche und

Morddrohungen; Denunziation, Bedrohungen und Einschüchterungen gehören zum Handwerkszeug, um Privilegien zu bewahren und eigene Ziele entgegen den verfassungsrechtlichen Normen und Werten der Mehrheit durchzusetzen – eine historische Gefahr für die liberale Demokratie.

Um zu analysieren, wie die Rechten arbeiten und wie Demokraten ihre Pläne durchkreuzen können, habe ich Hunderte Dokumente, Studien und Quellen analysiert und zahllose Hintergrundgespräche geführt – mit zivilgesellschaftlich Engagierten, Betroffenen von Diskriminierung, Rassismus und Gewalt, mit Polizistinnen, Politikern, Journalistinnen, Experten, Wissenschaftlerinnen und Teilnehmenden an rechtsradikalen Protesten. Ihnen allen danke ich für die Einblicke und Perspektiven. Ich danke meinen Kolleginnen, meiner Familie und meinen Lektorinnen für die grandiose Unterstützung und kritischen Anmerkungen bei der Arbeit an diesem Buch. Besonders dankbar bin ich für die Expertise vieler Kolleginnen, Journalisten und Aktivistinnen, die sich die Mühe machen, Reden, Online-Kommunikation, Programme und Schriften rechtsradikaler Protagonisten detailliert zu analysieren und kritisch einzuordnen, sodass es nicht nötig ist, mit rechten Kadern reden zu müssen, um zu verstehen, was sie wollen und wie sie arbeiten. Auch weil zwischen dem, was Rechtsradikale öffentlich sagen, und dem, was sie in geschützten Räumen und in ihren Strategiepapieren von sich geben, häufig eine große Lücke klafft. Oft täuschen sie über ihre finalen Absichten hinweg, um in größere Teile der Bevölkerung einsickern zu können. Ein notwendiger Zwischenschritt zur politischen Machtergreifung ist die Verschiebung

des öffentlichen Diskurses nach rechts. Der Rechtsradikalismus will zunächst seine Machtbasis in der politischen Kultur ausbauen, um dann einen politischen Umsturz anzuzetteln. Sein Ziel ist es, die Öffentlichkeit wieder an antisemitische, rassistische, nationalistische und rückwärtsgewandte Töne zu gewöhnen. Dafür ist es egal, wie faktenfrei und unsinnig die Behauptungen sind. Durch Provokationen und ständige Wiederholungen werden Ängste, Vorurteile und Umsturzfantasien geschürt. Zu diesem Zweck täuschen und lügen Rechtsradikale, sie passen sich taktisch an und normalisieren mit gezielten Tabubrüchen rechtsradikale Ideologie. Davon sollten wir uns nicht in die Irre führen lassen.

Wir müssen die Stärken und Schwächen der radikalen Rechten kennen, ihre Strategien und die Mechanismen der Mobilisierung. Wenn wir nicht mehr auf ihr Kalkül hereinfallen und dem rückwärtsgewandten Hass optimistische Solidarität entgegenstellen, dann können wir sie stoppen.